

Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik das Zustandekommen und den erfolgreichen Verlauf einer Gipfelkonferenz ihrerseits nach Kräften fördern. Sie unterstützen die Vorschläge der Sowjetregierung auf Einstellung der Kernwaffenversuche, auf Verbot der Herstellung und Anwendung der Atomwaffen, auf Abzug der ausländischen Truppen aus den europäischen Ländern sowie für andere Maßnahmen der schrittweisen Abrüstung. Beide Seiten verurteilen entschieden die Versuche imperialistischer Kreise, insbesondere der USA und Westdeutschlands, eine Einigung der Mächte über die dringenden Fragen der Beseitigung der Atomkriegsgefahr durch unzulässige Manöver und provokatorische Forderungen zu torpedieren.

Hierzu gehören die Versuche amerikanischer Kreise, Fragen der inneren staatlichen Ordnung europäischer sozialistischer Länder auf die Tagesordnung einer internationalen Konferenz zu setzen und sich damit in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen. Welches Ziel eine solche Einmischung verfolgt, zeigten die konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn im Jahre 1956, die, ebenso wie der kriegेरische Überfall auf Ägypten, die Aggressivität des internationalen Imperialismus, aber auch seine Schwäche offenbart haben. Die Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches in Ungarn bewies die Kraft und die Unbesiegbarkeit des sozialistischen Weltsystems und stärkte die Gewißheit aller fortschrittlichen Menschen, daß es der imperialistischen Reaktion niemals gelingen wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Zu den Versuchen, eine erfolgreiche internationale Konferenz der Regierungschefs zu erschweren, gehören auch die Manöver der Bundesregierung mit der Deutschlandfrage. Es ist offensichtlich, daß der einzige Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands über die Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und über die Bildung einer Konföderation zwischen beiden Staaten führt. Die hierzu von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt unterbreiteten Vorschläge finden die volle Unterstützung der Regierung der Ungarischen Volksrepublik. Die Bonner Regierung hat bekanntlich bisher diesen einzig möglichen Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch ihre Ablehnung versperrt. Ebenso versucht sie, den Vorschlag der Sowjetregierung zu torpedieren, auf der internationalen Konferenz über die Frage des längst fälligen Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten.